

Die EU – eine Fehlkonstruktion

von Christoph Tromp, Seuzach

Die Schweiz sucht einen vertieften Kontakt zur EU (oder umgekehrt). Das Vertragswerk liegt vor: statt einer A4-Seite sind es ein paar hundert oder tausend Seiten. Egal, denn entschieden ist noch nichts. Und das Ja, das einmal in der Luft lag, verflüchtigt sich.

Warum? Weil die EU nicht das ist, was sie eigentlich sein sollte und will: ein starker Pfeiler im Viereck USA, China, Russland und eben EU. Das liegt an der falschen Konstruktion der EU als Staatenbund mit Veto-Recht. Gewiss, die Schweiz war von 1291 bis 1848 auch ein Staatenbund. Aber immerhin haben es die Tagsatzungen meist gerichtet und das hat – auch dank Napoleon – zum Bundesstaat geführt, bei dem die Staaten (Kantone) vor allem die Landesverteidigung und die Aussenpolitik dem Bund abgetreten haben.

Die EU ist heute jedoch zu stark mit sich selbst beschäftigt, die viele Ethnien bringt sie kaum unter einen Hut; und dann noch das Veto-Recht jedes einzelnen. Der Schritt zu einem Bundesstaat EU ist allerdings eine Illusion. Zu stark sind die nationalen Interessen, die sich oft zuwiderlaufen. So wird man nie zur Weltmacht und kann also auch keine Weltpolitik machen. Dafür haben Trump, Putin und Xi nur ein müdes Lächeln übrig.

Lahme Kommission

Jedes Mitgliedsland hat Anspruch auf einen Sitz in der «Regierung». Das sind meist Politiker/-innen, die im eigenen Land nicht gegläntzt, allerdings auch nichts verbochen haben, weswegen solche als Dank für (un-)geleistete Dienste in die EU-Kommission abgeschoben werden. Das gilt auch für die Präsidentin von der Leyen. Zu ihrer Ehrenrettung sei immerhin gesagt, dass ihr in ihrer Funktion zu viele Fesseln angelegt sind. Daher: repräsentieren ja, durchgreifen nein.

Ein Verwaltungsmonster...

Mag sein, dass in der EU-Rechnung die Verwaltungskosten marginal sind. Dennoch sind es Milliarden, die in der EU-City von Brüssel von 60'000(!) weitgehend unterbeschäftigten Sesselklebern verbrannt werden. Um seine Stelle nicht zu verlieren, denkt sich daher jeder irgendeine neue Verordnung aus, vom Nuggi für Säuglinge bis hin zum Pet-Flaschen-Deckeli. Ein Nachbar von mir hat eine lange Liste ähnlicher Beispiele, die er grinsend da und dort zum Besten gibt.

Sind das wirklich die Aufgaben einer EU? Man kann nur den Kopf schütteln! Eine massive Verschlankung und die Konzentration auf eine nach aussen wie innen starke und glaubwürdige «Weltmacht» täten not. Aber davon ist die EU astronomisch weit entfernt.

... und Milliarden in irgend welche Taschen

Hinzu kommt die Ausgabefreudigkeit der EU. Zu viel Geld fliesst unkontrolliert in irgend welche Taschen und besonders auch in unsinnige Projekte nach dem Giesskannenprinzip. In der reichsten Provinz Italiens (Südtirol) zum Beispiel hat es in Bozen einen kleinen ansprechenden Park. Irgendwo am Rand steht eine Tafelchen «finanziert von der EU». Da kann man nur sagen: so ein Blödsinn – Verschwendung pur! Derartige «Subventionen» muss es auf EU-Gebiet jedoch x-tausende geben.

Die Schweiz glaubt (auf Druck der EU), Kohäsionszahlungen leisten zu müssen. Wie befohlen, so getan. Aber als die Schweiz verlangt hat, die einzelnen Projekte zu prüfen und in der Realisierungsphase zu verfolgen, haben einzelne EU-Länder prompt protestiert. So beaufsichtigt, lässt sich eben nichts «abzweigen»...

Willkür nach allen Seiten

Wie war das noch vor vielen Jahren? Wegen seines Staatsdefizits, das damals über den EU-Vorgaben lag, wurde Griechenland hart, sehr hart an die Kandare genommen. EU-Financer übernahmen quasi den ganzen Finanzhaushalt des Landes. Die Bevölkerung hat jahrelang darunter gelitten.

Das aktuelle Riesen-Staatsdefizit Frankreichs, das munter weiter klettert, ist jedoch nur hinter vorgehaltener Hand ein Thema. Wer wagt es schon, der «Grande Nation» auf die Füsse zu treten! Und um Deutschlands Finanzen steht es keinen Deut besser. Da wäre man um die «Milchkuh Schweiz» froh, die mit eigenen harten Massnahmen die Schuldenbremse stur einhält und damit ihre Finanzen im Griff hat.

Raus aus der EU: «EUxit»!

Eine radikale Lösung ist meiner Ansicht nach nur, wenn sich die EU-Gründer aus der EU abmelden, eine neue EU gründen und weitere europäische Länder als assoziierte Mitglieder mit weniger Verpflichtungen, aber auch mit weniger Rechten, aufnehmen. Die Frage ist nur, wo man den «Strich» zieht.

Es kann nicht sein, dass man einfach jedes Land, das geographisch zu Europa gehört, auch als Vollmitglied aufnimmt. Über Jahre gewachsene und stabile Rechtsstaatlichkeit sowie kaum Korruption wären Mindestvoraussetzungen. Dem ist bei weitem nicht so.

Ein Blick auf die Zeittafel zeigt:

- 1952 (damals noch «EWG») waren die Gründer Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande;
- 1973 (Norderweiterung) kamen Dänemark, Irland und Grossbritannien dazu;
- 1981 und 1986 (Süderweiterung) dann Griechenland, Portugal und Spanien;
- 1995 (EFTA-Erweiterung) schliesslich auch Finnland, Österreich und Schweden.

Das sind 15 aus meiner Sicht verlässliche Partner. Und hier würde ich denn auch den Strich ziehen, diese daher als neue «Kern-EU» bezeichnen (also inklusive Grossbritannien, das inzwischen ausgetreten ist, einem Neuanfang aber wohl nicht abgeneigt wäre).

Es folgten dann

- 2004 und 2007 die beiden Osterweiterungen,
- 2013 schliesslich noch die Balkanerweiterung.

Namentlich sind dies die Baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen), Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Rumänien und Kroatien. (Das Baltikum und allenfalls Polen liessen sich vielleicht noch über den Strich setzen, sofern die neue Kern-EU kein Veto-Recht kennt.)

Die Schweiz: näher zur EU?

Da gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Das Ja ist jedenfalls noch nicht gesprochen. Unsere Unterhändler (– einer nach dem anderen ist ersetzt bzw. verheizt worden –) und dann der Bundesrat haben fast alles richtig gemacht. Fast, denn

1. hat die EU vermutlich mehr Interesse an der Schweiz als umgekehrt und
2. sind die Trümpfe der Schweiz gegenüber der EU nicht oder zögerlich oder falsch gespielt worden.

Wenn wir 39 Trump-Zollprozent verkräften können, dann wohl auch ein Nein zu einer weiteren Annäherung an die EU! – Stattdessen könnte es sich lohnen, unvoreingenommen nochmals über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nachzudenken. Ein Beitritt ist Ende 1992 bei sehr hoher Stimmbeteiligung nur hauchdünn abgelehnt worden. Dem EWR gehören neben den 27 EU-Mitgliedstaaten auch Island, Norwegen und Lichtenstein an, die das offensichtlich nicht bereuen. Wer dabei ist, kann mitreden und mitentscheiden.

Die EU würde die Schweiz bei einer Unterzeichnung der ausgehandelten Verträge – auch ohne unseren vollen Beitritt –noch mehr als heute gängeln, unsere Unabhängigkeit weiter einschränken und «die Milchkuh Schweiz» vor allem noch kräftiger melken.

Dagegen wehre ich mich mit einem klaren Nein!

Meine Meinung in Form dieses Berichts darf gerne weiterverbreitet werden – danke!
Auch im Web: christoph.tromp.ch

Im September 2025